

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer

Mag.^a Maria Schwarz-Schlöglmann, GF Gewaltschutzzentrum OÖ

Mag.^a Margarethe Rackl, GF Frauenhaus Linz

am

22. November 2017

zum Thema

**Gewalt gegen Frauen ist weiterhin eine große
Herausforderung in Oberösterreich**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-115 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

16 Tage gegen Gewalt an Frauen

In den 16 Tagen zwischen dem 25. November, dem internationalen Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen und dem 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, soll das Thema Gewalt gegen Frauen verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

„Gewalt gegen Frauen stellt leider auch in Oberösterreich nach wie vor eine große Herausforderung dar. Mehr als 80% der Klient/innen des Gewaltschutzzentrums sind Frauen und auch die Anzahl der akut gewaltbetroffenen Frauen in den Frauenhäusern ist konstant hoch“, betont Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer. Das Sozial-Ressort des Landes Oberösterreich finanziert die fünf eigenständigen Frauenhäuser in Oberösterreich und fördert zusätzlich fünf Übergangswohnangebote für Frauen, die nicht akut von Gewalt betroffen sind, aber aus einer belasteten häuslichen Beziehung ausbrechen müssen.

Zusätzlich hat das Sozial-Ressort im laufenden Jahr 2017 auch die Zuständigkeit für die Regionalisierung des Gewaltschutzzentrums Oberösterreich übernommen, das mittels regionaler Außenstellen und Sprechstunden in den Bezirken ein flächendeckendes Angebot der Beratung und Unterstützung bei Gewalt, Stalking und in der Prozessbegleitung im Strafverfahren bietet.

„Gewalt passiert meist gerade an dem Ort, den viele als den sichersten Ort überhaupt empfinden: zu Hause in der Familie. Die Gefahr, als Frau Opfer von Gewalt zu werden, ist in den eigenen vier Wänden rund zehn Mal höher, als außerhalb“, so Gerstorfer, die auch im Hinblick auf das Thema Gewalt gegen Frauen vor weiteren Kürzungen im Sozialsystem in Oberösterreich warnt: *„Zwar konnte ich den Kernbereich des Gewaltschutzes vor Kürzungen bewahren, aber eine Valorisierung der Förderungen ist schon seit vielen Jahren nicht möglich. Das macht die Arbeit im Gewaltschutz sicher nicht einfacher“,* so die Sozial-Landesrätin, die auch die eindringliche Warnung der Frauenhäuser vor den Verschärfungen bei der Wohnbeihilfe anführt: *„Solche Verschärfungen und Kürzungen verstärken die Abhängigkeit gewaltbedrohter Frauen und erschweren das Entkommen aus der Gewaltbeziehung.“*

Bilanz: Gewaltschutzzentrum Oberösterreich

Die Bilanz zeigt, dass die Anzahl der im Gewaltschutzzentrum betreuten Klientinnen und Klienten laufend angestiegen ist. Während im Jahr 2006 noch 1.067 Klient/innen betreut wurden, waren es 2011 bereits 1.718 bedrohte oder misshandelte Personen. Diese Zahl ist im Jahr 2016 weiter auf 2.352 Klient/innen angestiegen. Ebenso stark gestiegen ist die Anzahl der ausgesprochenen Betretungsverbote nach dem Sicherheitspolizeigesetz. Diese haben sich im Zeitraum 2006 (636) bis 2016 (1.293) verdoppelt.

Laut Geschäftsführerin DSA Mag. Maria Schwarz-Schlöglmann sind diese Anstiege nicht automatisch ein Zeichen für steigende Gewalt in der Gesellschaft, sehr wohl jedoch der Ent-Tabuisierung der Gewalt: *„Gewalt in Familien und in Beziehungen war immer schon in großen Dimensionen verbreitet. Langsam bewegt sich das Thema aber aus der Tabuzone. Betroffene kennen heute mehr Unterstützungsangebote und wissen, dass sie sich an die Polizei und an Opferschutzeinrichtungen wenden können.“*

Die Verteilung nach Geschlecht zeigt, dass 81,3% der gewaltbetroffenen Klient/innen im Gewaltschutzzentrum weiblich und 18,7% männlich sind. Umgekehrt ist das Verhältnis beim Blick auf die Täter/innen: 92,3% der Täter sind Männer. Heruntergebrochen auf die Beziehungsverhältnisse sind es nach wie vor überwiegend Ehemänner, Lebensgefährten bzw. Ex-Männer, die zu Tätern werden.

67,8% der Klient/innen hatten eine österreichische Staatsbürger/innenschaft, weitere 9,1% stammten aus dem EU-Raum. 21,5% der Klient/innen kam aus dem EU-Ausland, bei den verbleibenden 1,6% wurde die Nationalität nicht erfasst. Ein Großteil der Zuweisungen zum Gewaltschutzzentrum Oberösterreich erfolgte über die Polizei (65%). Weitere 20% der Betroffenen fanden selbstständig ihren Weg in die Beratungseinrichtungen. Ein weitaus geringerer Prozentsatz wurde von anderen Behörden (2,6%) oder auf sonstigem bzw. unbekanntem Weg (12%) vermittelt.

Regionale Bilanzen nach Außenstellen

Außenstelle Ried:

Klient/innen	2016	2015	2014	2013	2012
Ried i. I	68	52	46	36	55
Schärding	66	56	51	55	40
Braunau	135	119	92	76	85
Grieskirchen	64	44	39	42	28
Gesamt	333	271	228	209	208

Außenstelle Gmunden:

Klient/innen	2016	2015	2014	2013	2012
Gmunden	99	108	60	104	82
Vöcklabruck	125	132	120	118	88
Wels-Land	97	68	50	65	46
Wels-Stadt	131	125	144	154	121
Gesamt	452	433	374	441	337

Außenstelle Steyr:

Klient/innen	2016	2015	2014	2013	2012
Kirchdorf	81	71	67	49	53
Steyr-Land	69	58	72	45	43
Steyr-Stadt	63	73	39	53	51
Gesamt	213	202	178	147	147

Bilanz: Frauenhäuser

Die fünf oberösterreichischen Frauenhäuser (Linz, Wels, Steyr, Vöcklabruck, Ried im Innkreis) bieten bis zu 40 Frauen und deren Kindern gleichzeitig Schutz und Sicherheit durch ein sofortiges Wohnangebot. Im Jahr 2016 waren in den fünf Frauenhäusern in Summer 207 Frauen und 222 Kinder untergebracht. Insgesamt ergab das 10.821 Bewohntage. Die Auslastung der Frauenhäuser ist mit 74,12% im Jahr 2016 konstant hoch (es müssen natürlich freie Ressourcen vorgehalten werden). Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ werden mit den Frauen Perspektiven erarbeitet, Mitarbeiterinnen beraten in psychosozialen und rechtlichen Belangen.

Die Frauenhäuser bieten auch ambulante Beratungen für gewaltbetroffene Frauen, die nicht im Frauenhaus wohnen, an. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 3.408 solcher Beratungen durchgeführt, wobei ein Großteil der Frauen einen telefonischen (Erst)-Kontakt zu den Frauenhäusern gesucht hat.

Statistisch gesehen gehen im mehrjährigen Schnitt 70 bis 75 Prozent der Bewohnerinnen der Frauenhäuser in ein eigenständiges Leben, etwa 25 bis 30 Prozent kehren zum Gewalttäter zurück – zum Teil aufgrund finanzieller Abhängigkeit – zum Teil wird der Beziehung noch eine Chance gegeben.

"Leider ist es eine Tatsache, dass in 9 von 10 Fällen die gewaltausübende Person aus dem engsten Familienkreis stammt. Deshalb ist es auch so schwierig, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern. Zusätzlich sind die Frauen oftmals wirtschaftlich vom Misshandler abhängig. Der Weg in ein Frauenhaus ist da der einzige Ausweg, um zur Ruhe zu kommen und ein gewaltfreies Leben zu beginnen", erläutert Margarethe Rackl, Geschäftsführerin des Linzer Frauenhauses.

Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt bleibt große Herausforderung

Das **Frauenhaus** fordert Rahmenbedingungen, die es den Frauen einfacher machen würden, aus einer Gewaltbeziehung auszubrechen:

- Den Ausbau der Frauenhäuser und der Wohnmöglichkeiten für Frauen aus Gewaltbeziehungen in prekären psychischen Situationen - vor allem für Frauen mit Kindern sowie für Frauen mit speziellen Problemlagen (z.B. Migrantinnen).
- Auf eigenen Beinen stehen zu können, ist der beste Schutz gegen Gewalt. Deshalb brauchen Frauen ausreichende Einkommen, eigenständige Aufenthaltstitel und eine Gesellschaft, die Frauen Eigenständigkeit zusichert. Leistbares Wohnen – dazu zählt auch eine gerechte Wohnbeihilfenunterstützung, ein diskriminierungsfreier Arbeitsmarkt und Kinderbetreuungseinrichtungen, die bedarfsgerechte Öffnungszeiten anbieten, sind ebenso wichtig wie ein Justizsystem, das rasch arbeitet, Täter zur Verantwortung zieht und eine Gesetzgebung, die die Autonomie von Frauen schützt. Nein heißt nein, da darf es kein Herumdeuten geben!

- Nach der Trennung und Scheidung vom gewalttätigen Partner sind Frauen oft auf Mindestsicherung angewiesen – auch wenn sie erwerbstätig sind. Alleinerziehende sind die am häufigsten von Armut betroffene Gruppe in Österreich – rund 90% der Alleinerziehenden sind Frauen. Kürzungen treffen hier besonders Frauen und Kinder.
- Die Sensibilisierung von Personen, die mit Gewaltopfern institutionell zu tun haben (Ärzt/innen, Polizist/innen, Pflegepersonal, Richter/innen, etc). Klares Ziel aller Beteiligten muss sein, Frauen beim Ausstieg aus der Gewaltbeziehung zu unterstützen.
- Mehr Täterarbeit! Das bedeutet den Ausbau von Anti-Aggressionsprogrammen, um mit Frust und Wut umgehen zu lernen und Gewalt nicht zuzulassen. Wenn notwendig, sollen diese Programme im Rahmen von Strafverfahren auch verpflichtend angeordnet werden. Dazu braucht es genug Ressourcen bei den Anbietern.
- Länderübergreifende Aufnahmemöglichkeit von hoch gefährdeten Frauen und deren Kindern (oder auch aufgrund von Platzmangel).

Seit dem Gewaltschutzgesetz 1997 sind viele gesetzliche Neuerungen erfolgt, welche allesamt Gewaltprävention, Opferrechte und Opferschutz zum Ziel haben. Jedoch bestehen aus Sicht des **Gewaltschutzzentrums** nach wie vor erhebliche Lücken im Gewaltschutz, deren Beseitigung gesellschaftspolitische Strategien auf verschiedenen Ebenen erfordert:

- Eine bundesweite Kampagne gegen Gewalt an Frauen und Kindern in der Familie: Gewalt gegen Frauen in Österreich findet nach wie vor in einem großen Ausmaß statt. Von der Europäischen Kommission wurde im November 2016 ein Spezial Eurobarometer zum Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt veröffentlicht, nach welchem Österreich in Bezug auf Haltungen und Einstellungen dazu im EU-Vergleich insgesamt unterdurchschnittlich abschneidet.
- In Anbetracht der Tatsache, dass die Strafrahmen bei Gewaltdelikten schon verschiedentlich angehoben wurden, fordern wir keine höheren Strafen. Es wird in den Strafverfahren der Strafrahmen oft nicht entsprechend ausgeschöpft. Nach jüngeren Erhebungen führen zirka 60% bis 75% der angezeigten Gewaltdelikte im häuslichen Bereich nicht zu einer Verurteilung, sondern zu Einstellungen oder

Freisprüchen. Daher geht es um Sensibilisierung der Justiz zum Thema häusliche Gewalt im Allgemeinen und in der Aus- und Fortbildung. Insbesondere braucht es zudem eine professionelle Gefährdungseinschätzung der Polizei und Justiz zur Verhinderung von Tötungsdelikten - mit Augenmerk auf Gefährlichkeitseinschätzung und multi-institutionelle Kooperation in Fällen von Gewalt in der Familie bei hochgefährdeten Opfern. Hier werden nach wie vor kaum opferschutzorientierte Maßnahmen in Bezug auf Täter unternommen (Untersuchungshaft oder andere Sicherheitsvorkehrungen, Anti-Gewalt-Training,...).

- Verantwortungsvolle Berichterstattung, welche zur Bewusstseinsbildung über das Unrecht von Gewalt an Frauen und Kindern beiträgt.
- Geschlechtssensible Bildung und weitere Gleichstellungsmaßnahmen für Frauen und Männer, allem voran die Schließung der Einkommensschere um gravierende ökonomische Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, welche oft daran hindern, aus Gewaltbeziehungen zu entkommen.